

Renzo-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt,
Postversandort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Amliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.

Hauptverlagsstelle: Bocholt, Marktstraße 14, Fernsprecher 3054/55.

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 M. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post eingeschickt 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 M. — Einzelhefte: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite, Stellsengröße 6 Pfg., Kellampreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter.

Nummer 231

Donnerstag, den 23. August 1934

Jahrgang 1934

Bundeskanzler Schuschnigg von Florenz nach Nizza.

Die Besprechungen in Florenz: Normale Beziehungen zu Deutschland, Ruhe im Donauraum, Wiederherstellung der Monarchie nicht aktuell.

Warum in Nizza?

▲ Genua, 22. August.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Schuschnigg ist am Mittwoch vormittag um 11 Uhr aus Florenz in Genua eingetroffen, wo er von den Behörden begrüßt wurde. Dr. Schuschnigg begab sich an Bord des italienischen Dampfers „Conte di Savoia“ zur Reise nach Nizza, wo er in einem Hotel auf der Promenade des Anglais absteigen wird.

In politischen Kreisen Italiens wird als sicher angenommen, daß der Bundeskanzler auf französischem Boden eine politische Begegnung von großer Bedeutung haben wird, andernfalls wäre der Aufenthalt in der Tat kaum verständlich. Man rechnet damit, daß Schuschnigg entweder den Ministerpräsidenten Doumergue besucht, der bei Nizza einen Sommerfrühling hat, oder auf der Rückreise nach Wien in der Schweiz mit Außenminister Barthou zusammentreffen wird, der als Ferienort in den Schweizer Bergen weilt.

Dagegen hat Schuschnigg, wie aus Paris gemeldet wird, dem Direktor einer französischen Schiffahrtsgesellschaft erklärt, daß er sich einige Tage in Nizza lediglich zur Erholung aufhalten werde.

Schuschnigg hat auch Pressevertretern gegenüber erklärt, er sei nach Nizza gekommen, um sich zu erholen. Er werde nur zwei Tage bleiben und mit keinem einzigen französischen Staatsmann zusammentreffen.

Schuschnigg über das Ergebnis seiner Italienreise.

▲ Florenz, 22. August.

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg gewährte einem Vertreter der Agentur Stefani eine Unterredung, in der er u. a. ausführte: Sofort nach seiner Berufung auf den Posten des Bundeskanzlers habe er es als seine moralische Pflicht empfunden, sich so schnell wie möglich nach Italien zu begeben, um einen Gedankenaustausch mit Mussolini herbeizuführen.

Die Arbeit, die Italien im Kampfe um die Unabhängigkeit Österreichs geleistet habe, gebe den italienisch-österreichischen Beziehungen, die auch das Ziel einer friedlichen Entwicklung Europas verfolgten, eine besondere Note.

Zu seiner großen Befriedigung könne er erklären, daß sowohl bei den allgemeinen Fragen wie auch bei den Fragen, die die beiden Länder im besonderen betrafen, das vollständigste Einverständnis erzielt worden sei. Er habe beim Duce das größte Verständnis für die Politik Österreichs gefunden, die, ausgehend von dem Grundgedanken der vollständigen Freiheit und Unabhängigkeit des Landes, stets ihren europäischen Charakter bewahren werde, d. h. einen friedlichen Charakter, der auf den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Österreichs gerichtet sei.

Gegenüber Deutschland bleibe die grundsätzliche Einstellung Österreichs immer die gleiche.

Die österreichische Regierung müsse weitestgehend und in jeder Hinsicht die Lebensinteressen des Landes schützen, wobei sie von der Freiheit ihrer Entscheidungen auf dem Gebiete der Innen- und Außenpolitik ausgehe.

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg fuhr dann fort: „Hat man dies erst einmal erkannt, so wird jedes Hindernis für eine Wiederherstellung der normalen Beziehungen mit Deutschland, für deren augenblickliche Erhaltung Österreich niemals verantwortlich war (?), verschwinden. Das kleine Österreich war immer in der Defensive. (1) Das Aufhören der Angriffe wird keinesfalls eine Veränderung der fundamentalen Grundsätze herbeiführen, die der Politik der österreichischen Regierung zugrunde liegen. Diese Grundsätze stehen seit langem fest und stützen sich auf die beinahe tausendjährige Mission der Deutschen im Donauraum, eine Mission, der wir uns immer bewußt waren.“

Suvich über die Florenzer Begegnung

(1) Paris, 22. Aug.

Ein nach Florenz entsandter Sonderberichterstatter des „Matin“ hatte Gelegenheit, im Anschluß an die Bekanntgabe der amtlichen Berichterstattung über die Unterredung Mussolini-Schuschnigg mit dem italienischen Unterstaatssekretär Suvich, der der Unterredung beigewohnt hatte, zu sprechen.

Suvich erklärte: Die Besprechungen von Florenz haben lediglich die klare, gradlinige Haltung

Italiens in der österreichischen Frage und die unter Volkfuß angebahnte enge Zusammenarbeit beider Länder bestätigt. Sie stellen eine Fühlungnahme zwischen den Regierungschefs dar. Die Reise Schuschniggs ist vor allem ein Akt der Höflichkeit, der in unserem Lande hoch geschätzt wird. Er beweist vor allem, daß die Politik beider Länder in vertrauensvollem Einvernehmen bleibt.

Auf die Frage, ob man an die Notwendigkeit gedachte, die bereits bestehenden Abkommen vor allem im Sinne einer militärischen Zusammenarbeit zu erweitern oder zu ändern, erwiderte Suvich: Keineswegs.

Es ist von keinem neuen Pakt und von keinem neuen Abkommensplan gesprochen worden. Unser Ziel ist, die bestehende Zusammenarbeit zu verstärken, aber nicht zu ändern. Als wir Truppen an der österreichischen Grenze zusammengezogen hatten, hatten wir diesbezüglich kein Sonderabkommen mit Österreich getroffen. Wir haben entsprechend der gegebenen Notwendigkeit und unserer Überzeugung, der Sache des Friedens zu dienen, gehandelt.

Suvich bestritt, daß die Frage der Wiedereinsetzung der Habsburger geprüft worden sei. Man habe sie in keiner Weise aufgeworfen oder erörtert.

Die italienische Regierung sei mit der österreichischen Regierung der Auffassung, daß diese Frage nicht aktuell sei.

Schuschniggs Reise nach Nizza, führte Suvich weiter aus, habe nichts mit der österreichischen Po-

litik zu tun. Es sei klar, daß der Bundeskanzler, wenn er am späten Nachmittag Viareggio passiere, wo die Kaiserin Zita sich aufhalte, keineswegs beabsichtige, dort einen unangebrachten Besuch zu machen. Auf den Einwand, daß aber doch Fürst Starhemberg gesagt habe, das österreichische Volk würde einer Wiederherstellung der Monarchie nicht ungünstig gegenüberstehen, erwiderte Suvich: Der Vizekanzler hat in einem Interview erklärt, daß die Restauration in Österreich keine aktuelle Frage sei.

Er fügte hinzu, daß das Volk, wenn es zwischen Hitler und Otto von Habsburg zu wählen hätte, sich in der Mehrheit für die zweite Alternative aussprechen würde, daß aber die Frage, zwischen nationalsozialistischem Regime und Restauration zu wählen, sich glücklicherweise heute nicht stelle.

Österreich ist unabhängig und will unabhängig bleiben. Wir werden ihm nach besten Kräften dabei helfen.

Der Sonderberichterstatter des „Matin“ konnte auch Bundeskanzler Schuschnigg über seinen Eindruck befragen. Schuschnigg erklärte, daß er mit dem Ergebnis der Besprechungen in Florenz voll zufrieden sei und erwiderte auf die Frage, ob die Frage einer militärischen Intervention im Falle einer neuen deutschen Drohung (?) erörtert worden sei, man habe ausschließlich über wirtschaftliche Angelegenheiten gesprochen, die mit den politischen Problemen eng zusammenhängen.

(Siehe auch 2. Seite).

Die italienischen Truppen rücken vom Brenner ab.



Die 75.000 italienischen Soldaten, die anlässlich der Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Dollfuß und der Unruhen in Österreich an die italienisch-österreichische Grenze beordert worden waren, kehren auf Befehl der italienischen Regierung wieder in ihre Standorte zurück. Diese Aufnahme unseres Berichterstatters wurde auf der Straße vom Brenner nach Meran gemacht.

Unverzügliche Vereidigung der Beamten auf den Führer.

DNB Berlin, 22. August.

In Verfolg des Gesetzes über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches und der Volksabstimmung vom 19. August hat die Reichsregierung das folgende Gesetz „über die Vereidigung der Beamten und der Soldaten der Wehrmacht“ beschlossen, das im Reichsgesetzblatt veröffentlicht ist:

1. Der Dienst der öffentlichen Beamten lautet: „Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorcht sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“

2. Der Dienst der Soldaten der Wehrmacht lautet: „Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, daß ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht unbedingten Gehorcht leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen.“

Die im Dienst befindlichen Beamten sind unverzüglich gemäß Ziffer 1 zu vereidigen.

Das Gesetz über die Vereidigung der Beamten und der Soldaten der Wehrmacht vom 1. Dezember 1933 und die Verordnung vom 2. des gleichen Monats werden aufgehoben.

Auf Grund dieses Gesetzes, nach dem alle öffentlichen Beamten auf die Person des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler zu vereidigen sind, wie dies bei den Soldaten der Wehrmacht bereits geschehen ist, hat der Reichsminister des Innern sämtliche Behörden angewiesen, die Vereidigung des im Dienst befindlichen Beamten unverzüglich vorzunehmen.

„Präsidentalkanzlei.“

DNB Berlin, 22. August.

Auf Anordnung des Führers und Reichskanzlers hat das bisherige Büro des Reichspräsidenten die Bezeichnung „Präsidentalkanzlei“ erhalten. Die dem Büro des Reichspräsidenten bisher obliegenden Aufgaben bleiben unverändert.

England und Japan.

Wenn nicht alles täuscht, befinden wir uns im Vorstadium ernstlicher Auseinandersetzungen im Fernen Osten. Die Meldungen über irgendwelche Zusammenstöße und Proteste brechen nicht ab. Französische und englische Blätter beurteilen die Lage ernstster als zuvor. Die Gegner eines künftigen Krieges beziehen bereits die vorgeschobenen Stellungen. Japan, China, die Sowjetunion, England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind die Hauptinteressenten.

So scheint es, daß der Stille Ozean und seine Randgebiete zum entscheidenden Zentrum der Weltpolitik geworden sind. Was dort sich vorbereitet, strahlt auf Europa aus. Man muß sich dessen immer gewärtig bleiben, wenn man insbesondere die englische Kontinentalpolitik begreifen will. Die Interessen, die für das Empire im Fernen Osten und am Stillen Ozean auf dem Spiele stehen, sind größer als die europäischen. Hier will man nur Stabilität und Ruhe. Früher glaubte man sie durch das Gleichgewicht der Kräfte gesichert, heute lehnt man sich an die stärkste Macht des Festlandes an, um sie gewissermaßen mit der Schilbwehr für Europas Ruhe zu betrauen, wenn man auch eine endgültige Entschiedenheit bisher vermieden und den Abschluß eines englisch-französischen Bündnisses abgelehnt hat. Nur unter diesem Blickpunkt läßt sich die Politik des Foreign Office begreifen, das seine großen Coups im Fernen Osten vorbereitet.

Keineswegs verläuft die diplomatische Entwicklung dort drüben am Rande der asiatisch-australischen Staatenwelt geradlinig und ohne Wechselfälle. Lange Zeit schien es, als wolle England unter dem Druck Australiens, Neuseelands und Kanadas und mit Rücksicht auf die Konkurrenz der USA in seinen Dominions gegen Japan optieren. Einer solchen politischen Stellungnahme widersprach es aber von vornherein, daß dann eine Interessengemeinschaft zwischen dem Union-Jack und dem Sowjetstern die notwendige Folge hätte sein müssen, eine Interessengemeinschaft, die praktisch nicht denkbar ist. Immerhin hat die anti-japanische Stimmung in England so lange Geduld und Einfluß haben dürfen, als man glaubte, daß damit der englische Einfluß und Großbritanniens wirtschaftliche Stellung in China besser gesichert würden.

Noch die unter Vorbehalt von Lord Bytton stehende Mandschurei-Kommission lieferte in ihrem berühmten Bericht den Niederschlag dieser Auffassungen. Dazu kam die Flottenfrage. Hier schien es, als könne Japan durch energisches Entgegenreten eingeschüchtert werden. Schließlich: der stille, aber hartnäckige Wirtschaftskampf auf allen asiatischen Märkten! Alle Vorbedingungen für eine Feindschaft zwischen London und Tokio waren gegeben, ganz abgesehen von den rassistischen Verfechtungen und Antipathien.

Nun werden Dinge bekannt, aus denen man, wenn auch nicht eine restlose Schwendung, so doch eine erhebliche Wendung des englischen Kurzes ablesen kann. Eine britische Wirtschaftskommission ist nach Mandschurei unterwegs. An ihrer Spitze stehen japanfreundliche Fabrikanten und Wirtschaftsjournalisten. In London sowohl als auch in Tokio wurden jene Meldungen demontiert, die von einem englisch-japanischen Bündnis wissen wollten. Ja, man bemühte, sogar den englischen Boten in Moskau, der dem Außenkommissariat mitteilen mußte, daß die Gerüchte über den Abschluß eines englisch-japanischen Bündnisses, das sich gegen Rußland richtete, völlig unzutreffend seien. Hier werden freilich Dinge in Werke gestellt, die nicht behauptet worden sind. Es wird nicht rund heraus gesagt, daß überhaupt Verhandlungen stattgefunden haben, die auf eine Wiederbelebung jener Freundschaft abzielen, die vor nunmehr 30 Jahren den Japanern den ausschlagreichen Kampf um Port Arthur und damit die Zurückdrängung des zaristischen Rußlands aus dem Fernen Osten ermöglicht haben. Gleichwohl spricht vieles dafür, daß eine Erneuerung des 1922 auf Drängen Amerikas von England aufgegebenen alten Bündnisses mit Japan nicht stattgefunden hat. Dieses Bündnis würde sowohl eine Spitze gegen die Sowjetunion wie gegen die Vereinigten Staaten haben. Die englische Politik aber geht, wie man sieht, eindeutig in die Richtung, sich neuerdings sehr japanfreundlich zu zeigen, offensichtlich darauf hinaus, endgültige Festlegungen so schwerwiegender Art zu vermeiden, wie in Europa so auch im Fernen Osten.

Trotzdem ist eine japanisch-englische Annäherung wahrnehmbar. Sie scheint aber bislang mehr wirtschaftlicher Natur zu sein. Eine solche Annäherung pflegt aber auch politisch nicht ohne Auswirkungen zu bleiben. Gehen die Gerüchte über den Abschluß eines englisch-japanischen Bündnisses auf Hoffnungen dieser Art zurück? Man muß diese Frage und ebenso die, was noch kommen mag, zunächst offen lassen. Sicher ist, daß England großes Interesse daran hat, im Einvernehmen mit Japan seine wirtschaftliche Position in China zu festigen, daß es an einer Aufschlüsselung von Mandschurei teilhaben möchte, woran nicht nur England im Interesse seiner Wirtschaftsbelebung, sondern auch Japan mit Rücksicht auf die dann gegebene Beförderung der Kapitalbasis des Wirtschaftsaufbaus im neuen Staat gelegen sein dürfte. Von hier aus wäre dann eine Plattform geschaffen, auf der ganz allgemein eine Verständigung zwischen Japan und England hinsichtlich der wirtschaftlichen Konkurrenz in Asien und überhaupt in der Welt aufgebaut wird. Endlich steht im

nachsten Jahre die Flottenkonferenz bevor, auf der England stärkstes Interesse an einer Verständigung mit Japan hat.

Welche Erwägungen auch immer angestellt werden, es ist sicher, daß die Wirtschaftsentwicklung in China, die Erschließung Mandchukuo und seiner natürlichen Schätze sowie die Flottenfrage die treibenden Kräfte einer englisch-japanischen Annäherung sind. Und die englische Wirtschaft unterstützt dieses Bestreben.

Sehr lehrreich ist in dieser Hinsicht eine Sonderbeilage des „Daily Telegraph“, die „Japan und Mandchukuo“ gewidmet ist. Der „Daily Telegraph“ ist nicht dieses und jenes Blatt, sondern eine der Zeitungen mit den größten Auflagen. Seine Sondernummer umfaßt nicht weniger als 20 Seiten des großen englischen Zeitungsformats. Fast sieben von ihnen sind voller Inzertate japanischer, englischer und kanadischer Firmen. Auf den 18 anderen kommen prominente Persönlichkeiten Japans zum Wort. Blättern wir einmal diese Sondernummer durch, die in einem politisch wichtigen Augenblick für Japan und die Mandchukui Stimmung macht. In einem Augenblick übrigens, wo sich, wie bereits bemerkt, bedeutende englische Wirtschaftsführer zum Studium von Mandchukuo aufgemacht haben.

Da geben auf der Titelseite, die die Bildnisse des japanischen Kaiserpaars zeigt, der japanische Botschafter in London Matsubara und der britische Botschafter in Tokio Sir Francis Lindley Geleitsworte. Der Japaner sagt: „Ich bin sicher, daß in der Frage der japanischen Industrie und des japanischen Außenhandels auf ein freundschaftliches Kennenlernen der gegenseitigen Position schließlich eine gegenseitige Anpassung Platz greift, die zu irgendeiner Form der Wiederherstellung unserer Handelsbeziehungen führt.“ Der Engländer dagegen lobt die Fortschrittlichkeit, das Selbstbewußtsein und die Loyalität des japanischen Volkes. Freundliche Worte, die auf der nächsten Seite ihr solides Fundament in ganzseitigen Anzeigen der Mitsui-Gesellschaft finden. Der größte japanische Konzern ist die Mitsui-Gesellschaft. Bank, Bergwerke, Lebensversicherungs-, Kaufhaus-, Trakt-, Schiffahrtsgesellschaft in einem. Mit ihr bezeichnen sich die Vereinigten Mitsui-Gesellschaften, die ebenfalls von der Bank zum Bergwerk, vom Exporthaus zur Schiffahrtsgesellschaft als einflußreiche Industriezweige umfassen. So sieht es fort, Seite für Seite. Wie wichtigsten und mit dem internationalen Wirtschaftsleben verbundenen Firmen stellen sich vor. Die große Handelskammer von Tokio, der nicht weniger als 1074 Unternehmungen angehören und die bereits im Jahre 1891 gegründet wurde, gibt in einer ganzseitigen Anzeige Kenntnis von den wichtigsten Zahlen und Daten des japanischen Wirtschaftslebens.

Neben den Anzeigen stehen die Aufsätze, von denen viele ursprünglich als Interimsentwürfe fertiggestellt worden sind. Gleich die erste Textseite enthält über sieben Spalten die Ueberschrift: „Japans Wunsch nach fortgeschrittener Zusammenarbeit mit England.“ Ein Wunsch, ein politisches Programm. Baron Matsubara, der frühere Geschäftsmann und Führer der japanischen Abordnung bei der Londoner Flottenkonferenz, gibt dafür einen wichtigen Grund: Seit dem Ausbruch der mandchukuanischen Wirren hat Japan für die Mandchukui 500 Millionen Yen aufgewendet. Und Japans „Grand Old Man“, der frühere Finanzminister Takahashi, geht den Dingen richtig zu Leibe. Er schreibt über engere finanzielle Zusammenarbeit zwischen Japan und England, wobei er nicht unterläßt, der City ein hohes Lob zu spenden. „Ich muß die Bitte besonders dankbar nennen, die uns London stets gewährt hat.“ Auf der gleichen Seite die Ankündigung, daß im Herbst ein regelmäßiger Telefondienst zwischen London und Tokio eingerichtet wird. Zwei Minuten kosten rund 26 Mark.

Überall sind interessante und reizende Bilder im Text verstreut. Natürlich fehlen nicht die entzündenden Häuser, Tempel, Gärten und Brücken. Auch Japans schönster Berg, der wundervolle Fujiyama mit seiner weißen Schneehaube, lugt hinter Kirschenbäumen hervor. So wird Interesse geweckt und die Leetüre der ersten Aufsätze leichter gemacht, die sich mit Japans Entwicklung zur Industriemacht, mit dem Wachstum der japanischen Bevölkerung, mit dem Landhunger, mit der Stabilität des Yen, mit der Ausfuhrkontrolle u. a. befassen. Natürlich fehlt nicht der Hinweis darauf, daß Japan ein guter Verbraucher englischer Waren ist. Vor allem das Empore, Indien und Australien, sind hier mit Wolle und Baumwolle bestückt. Einzelhaft in diese Detailfragen führen wir mehrere Seiten. Der neue Staat Mandchukuo und seiner Entstehung gewidmet. Sie alle sind nicht so wichtig wie eine klare Mitteilung. Am Jahre 1933 betrug der Anteil Großbritanniens an der Einfuhr Mandchukuos ein Fünftel, den fünften Teil, den irgendeine der großen Ausfuhrnationen aufzuweisen hat. Man versteht, daß für Englands Maschinen und andere Erzeugnisse der neue Staat ein weites Feld ist.

Dies alles sieht sich sehr friedlich an, und gewiß hat weder England noch Japan alles andere als ein Interesse an einem Krieg. Erfolge mit anderen Mitteln sind vorzuziehen. Aber die Spannungen im Fernen Osten sind ebenförmig zu leugnen wie die von englischer Privatwirtschaftlicher Seite unterstützten Bemühungen um eine englisch-japanische Annäherung. Ganz von ungefähr kommt es auch nicht, und allein durch das Interesse an den Angelegenheiten ist es schwerlich zu erklären, daß eine große englische Zeitung Stimmung für Japan macht. Was heute noch ungeklärt erscheint, kann sich vielleicht schon bald in klarerer Beleuchtung darstellen.

Rumänische Gesandtschaft in Paris wird Botschaft.

Von unserem Balkankorrespondenten.
in Bukarest, 22. August.

Wie ich an zutreffender Stelle im Bukarester Außenministerium erfahren, wurde zwischen Frankreich und Rumänien anlässlich des künftigen Besuchs des rumänischen Ministerpräsidenten Tataru in Paris ein Uebereinkommen getroffen dahingehend, daß die französische Gesandtschaft in Bukarest und die rumänische Gesandtschaft in Paris zu Botschaften erhoben werden. Diese Tatsache wird anlässlich des Oktoberbesuches Königs Carol in Paris offiziell bekanntgegeben. In Stelle des bisherigen französischen Gesandten in Bukarest, Dr. Ormiston, wird der Qual Dr. Ormiston bisher noch nicht genannten Botschafter nach Rumänien entsenden, während als erster rumänischer Botschafter nach Paris höchstwahrscheinlich der augenblickliche Bukarester Außenminister Titulescu gehen wird.

Zurzeit schweben zwischen Rumänien und England gleichlaufende Verhandlungen mit dem Zweck, die rumänische Gesandtschaft in Bukarest gleichfalls zu Botschaften zu erheben. Auch hier ist schon der bisherige Unterstaatssekretär im Bukarester Außenministerium, Savel Rabulescu, zum rumänischen Botschafter in England auszuweisen. Die Kongresserhöhung der genannten diplomatischen Vertretungen würde bedeuten, daß Frankreich und England Rumänien als führende Weltmacht, sozusagen als Groß-

macht anerkennen. Allerdings ist die Scheidung der diplomatischen Vertretungen in Botschaften und Gesandtschaften nach der politischen Bedeutung ihrer Länder in dem Sinne, daß allein die Großmächte sich gegenseitig durch Botschaften vertreten lassen, nach dem Weltkrieg nicht mehr so streng wie vorher. So gibt es bereits belgische, brasilianische und Botschafter von anderen Staaten, die man nicht als Großmächte anzusehen pflegt, wie

Antwort der Saarregierung auf die deutsche Protestnote.

Die deutsche Beschwerde begründet.

DNB Saarbrücken, 22. August.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat an das Auswärtige Amt in Berlin folgende Note gerichtet:

Die Regierungskommission des Saargebietes bezieht sich, dem Auswärtigen Amt den Empfang der Verbalnote vom 14. August 1934 zu bestätigen, welche sich mit der mündlichen Ausdrucksweise befaßt, die sich einige im Saargebiet erscheinende Zeitungen beim Ableben des Herrn Reichspräsidenten, Generalfeldmarschalls von Hindenburg, zueinander fassen ließen.

Die Regierungskommission, welche im gleichen Maße wie die deutsche Regierung diese Ereignisse mißbilligt, hatte nicht verfehlt, sich mit derselben bereits vor Erhalt der Verbalnote zu befassen. Bei Erörterung der von der Regierungskommission gestellten Punkte hat sie fest, daß keine Gesetzebestimmung zur Unterdrückung schimpflicher Angriffe gegen verstorbene Staatsmänner vorhanden ist. Diese Fälle unterliegen allein dem Urteil des Anstandes und der öffentlichen Meinung. Somit vermochte die Regierungskommission nur die Ausdrucksweise, die anlässlich dieses traurigen Ereignisses von einigen Zeitungen des Gebietes geführt wurde, ebenso zu beklagen wie diejenigen anderer Zeitungen bei der Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers.

Was die gegen seine Erziehung, den Führer und Reichsführer gerichteten Schmähungen anbelangt, hatte die Regierungskommission bereits vor dem 14. August gegen zwei Zeitungen Sanktionen ergriffen, welche nach dem derzeitigen Stand ihrer Geheißung zulässig erschienen, eine Tatsache, die der Unmenschlichkeit der deutschen Regierung entgegenliefe. Sie hatte ferner vor diesem Zeitpunkt den Entwurf einer Verordnung vorbereitet, durch welche sie in den Stand gesetzt werden sollte, gegen Druckschriften, welche sich Ausfälle gegen Staatsoberhäupter zueinander fassen ließen, einzuschreiten. Der Entwurf liegt zurzeit den gewählten Vertretern der Bevölkerung zur Abgabe eines Gutachtens vor.

Die Regierungskommission hat damit im Voraus die Berechtigung der in obgenannter Note vorgebrachten Beschwerden gegen die Ergebnisse einer unabhängigen Presse anerkannt. Sie kann indessen nicht umhin, ihrem Erkennen darüber Ausdruck zu geben, daß die deutsche Regierung seit vielen Monaten und trotz der unbeantworteten gebliebenen Proteste der Regierungskommission in einer gezielten Kontrolle des Staates unterteilt. Die Presse einerseits, die Regierung andererseits, die Regierungskommission, ihre Mitglieder und ihre Beamten bilden. Mehr noch: Angriffe auf schimpflicher Art — um dies festzuhalten, genügt ein Hinweis auf

Italienisches Protektorat über Oesterreich?

Die englische Presse zur Florenzer Zusammenkunft.

London, 22. August.

Zu dem Ergebnis der Zusammenkunft zwischen Mussolini und Bundeskanzler Schuschnigg schreibt „Daily Herald“, in Florenz sei etwas geschehen worden, was große Wichtigkeit mit einem italienischen Protektorat über Oesterreich habe. Italien verpflichte sich nicht nur, Oesterreich gegen einen Angriff von außen her zu schützen, sondern auch alle Mittel anzuwenden, um den Sturz der jetzigen Diktatur in Oesterreich mit friedlichen Mitteln oder mit Gewalt zu verhindern.

Falls die Regierung Schuschnigg von einer solchen Gefahr bedroht werde, dann verpflichte sich Italien, zu ihrer Unterstützung italienische Truppen über die Grenze zu schicken.

Um den Schein zu wahren, würden diese Truppen offiziell unter österreichischen Befehl gestellt werden. Es verlautet, daß diese Vereinbarung in einem formell unterschriebenen Pakt enthalten sei. Die österreichische Regierung werde mit einem Wort im Innern wie nach außen hin völlig abhängig von der italienischen Unterstützung sein. Sie werde zu einer Paktantenregierung, deren Innen- und Außenpolitik von Rom kontrolliert werde.

Der Sonderkorrespondent der „Times“ in Florenz erklärt: Das ungewöhnlich lange, klare und kraftvolle formulierte Kommuniqué über die Beziehungen zwischen Mussolini und Schuschnigg erklärt nicht nur positiv die richtigen Gründe, deren die Beziehungen zwischen beiden Ländern entwickelt werden sollen, sondern es bezeugt auch mehrere von gewissen Botschaften in Rom in Umlauf gesetzte Gerüchte. Die Bezugnahme auf die Erhaltung der Ruhe im Donauraum klärt für den Augenblick die vielen Gerüchte über die Wiederherstellung der Festsburger und ebenso gewisse diplomatische Berichte, in denen behauptet wurde,

Italien habe gewisse Botschaften darüber fundiert, ob der Abschluß eines regelrechten Militärbündnisses mit Oesterreich wünschenswert wäre, ein Bündnis, das Italien nichts als das Recht gebe, in Oesterreich eine militärische Aktion zu unternehmen.

Ein anderer Bericht, so behauptet die „Times“, sei in gewissen deutschen Kreisen im Umlauf gewesen, wonach die Zusammenkunft ein Prüftest für den italienischen Wunsch bilden würde, die jetzigen Fäden der Freundschaft mit Deutschland wiederanzuknüpfen. Der ganze Ton des Kommuniqués aber, besonders die Bezugnahme auf die völlige innere Autonomie Oesterreichs, zeige, daß Mussolini und Schuschnigg gemeinsam Deutschland vor einer „Einklemmung in innere österreichische Angelegenheiten“ warnen.

Der englische Wille, die Politik von Dr. Dollfuß in dieser Beziehung fortzuführen, sei unverändert geblieben oder noch klarer geworden.

Ebenso sei der Hinweis auf das europäische Interesse am österreichischen Problem „ein neuer Wind an Deutschland“, daß es nicht nur mit Italien und Oesterreich zu tun haben würde (1). Die Worte „auf kulturellem Gebiet“ würden von maßgebender Seite mit größerem Touristeninteresse, Austausch von Studenten und Professoren und anderen intellektuellen und pädagogischen Fragen in Zusammenhang gebracht. Was das positive Ergebnis der Beziehungen angeht, so sei, meint die „Times“, mit einer ernstlichen Bemühung zu rechnen, das durch die römischen Protokolle zwischen Italien, Oesterreich und Ungarn geschaffene System

nach die Zuteilung der ständigen Ratssitze bei der Neuordnung des Völkerbundesrats vor einigen Jahren gezeugt hat. Im Falle Rumäniens würde es sich in erster Linie um eine dem rumänischen Nationalstolz zuliebe beachtliche Ehrengabe handeln, mit der im diplomatischen Verkehr gewisse, dem höheren Rang des Botschafters vor dem dem Gebanten Rechnung tragende Vorteile verbunden sind. Die Schriftleitung.)

eine, von einem verantwortlichen Reichsminister an der Grenze des Saargebietes gehaltene Rede — wurden fast täglich durch die amtlichen deutschen Rundfunksender verbreitet.

Das Wichtigste an dieser Note scheint uns zu sein, daß die Regierungskommission die deutschen Beschwerden als begründet anerkennt.

Schweizer Miliz als Abstützungspolizei für die Saar?

DNB Genf, 22. August.

Die „Basler Nachrichten“ beschäftigen sich mit dem Vorschlag eines französischen Journalisten, Schweizer Miliz als neutrales Polizeikorps nach dem Saargebiet zu entsenden. Es wird darauf hingewiesen, daß die Schweiz zweifellos in der Lage wäre, eine Polizeitruppe zu rekrutieren, die bis auf den letzten Mann die französische und die deutsche Sprache völlig beherrscht, was die Saarregierung als einen Faktor von wesentlicher Bedeutung betrachte. Sie könne zwar ein Kontingent stellen, das durch seinen historischen Neutralitätswillen sich selber Achtung und Vertrauen und dem Saarland wünschenswerte individuelle geistige Freiheit für den Tag der großen Entscheidung hinaus verschaffen könnte, aber, so schließt der Verfasser, wenn es nicht unbedingt nötig sei, dann solle man es lieber nicht tun.

Mit Recht werden in dem Aufsatz der „Basler Nachrichten“ starke Bedenken gegen den Plan geltend gemacht. Tatsächlich ist die Entsendung einer Miliz von 2000 Mann, ganz gleich welcher Zusammensetzung, nicht erforderlich. Auch der Völkerbundrat hat früher die Ansicht vertreten, daß eine erforderlich werdende Verstärkung der saarländischen Polizei aus heimischen Kräften zu erfolgen habe. Erst dann, wenn sich das als unmöglich erweise, könne Herr Krog einige Polizeikräfte, nicht ein Polizeikorps, aus einem neutralen Staat heranziehen. Nach der Auffassung der gesamten Saarbürgerung ist aber auch die Einzuziehung einzelner Polizeibeamter durchaus überflüssig, da genug Saarländer zur Auffüllung des Polizeikorps zur Verfügung stehen.

auf die kleine Entente und auch auf Deutschland auszuweichen, falls letzteres „den Zusicherungen des Herrn von Papen entsprechend“ handle.

Misträuen gegen Mussolini in Paris

(1) Paris, 22. August.

Die Unterredung zwischen Bundeskanzler Schuschnigg und Mussolini findet in der Pariser Presse stärkste Beachtung.

Der offizielle „Petit Parisien“ behauptet, daß Mussolini die englische und französische Regierung als Mitgaranten der österreichischen Unabhängigkeit loyal auf dem laufenden halte, und bezeichnet die Vertrauensstellung als „konform mit der gemeinsamen französisch-italienischen Erklärung“, durch die die drei Mächte die Unabhängigkeit Oesterreichs garantiert hätten.

So ruhig beurteilen jedoch nicht alle Blätter den italienisch-österreichischen Meinungsaustausch. Einige Blätter befürchten, daß Mussolini eine ausgesprochen italienische Politik auf Kosten anderer Mächte zu treiben versucht sein könnte. Nicht nur die radikalsocialistische „Ere Nouvelle“, die Mussolinis Spiel „beunruhigend und theatralisch“ nennt, sondern auch rechtsstehende Blätter scheinen der vom Duce entfalteten diplomatischen Tätigkeit mit einigem Misträuen zu begegnen.

In diesem Sinne schreibt der Außenpolitiker des „Figaro“, Graf Dr. Ormiston: „So angebracht es ist, daß die italienische Politik in Mitteleuropa Stellung nimmt, so gefährlich wäre es, wenn diese Stellungnahme Formen annähme, an denen andere Mächte Anstoß nehmen könnten, selbst wenn diese Mächte, in gleicher Weise wie Italien an der Erhaltung des Gleichgewichts in diesem Teile Europas interessiert sind. Diese Feststellung gilt für die kleine Entente, aber auch in gewissem Maße für Oesterreich selbst.“

Der größte Bankgeldraub in den Vereinigten Staaten.

Noch keine Spur von den Räubern.

New York, 22. August.

Der geistige Raubüberfall in Brooklyn auf ein Panzerauto hat sich als ein überaus sorgfältig vorbereitetes Verbrechen herausgestellt. Die Räuber waren zum Teil als Schlächter und Händler mit weißen Schürzen verkleidet; ein Maschinengewehr war in einem Straßenhändlerkarren verborgen. Der ganze Raub war mit solcher Ruhe ausgeführt worden, daß nur die Nachforschenden merkten, was vorgeing. Die Polizei hat die größten Anstrengungen gemacht, durch Flugzeuge die Motorboote zu entdecken, die die Beute von Brooklyn nach der Küste von Jersey bringen sollten; vorläufig hat sich indessen noch nicht die geringste Spur feststellen lassen. Aus der Art und Weise jedoch, wie der Raub vorbereitet und durchgeführt wurde, glaubt die Polizei auf die Person des Verbrechens schließen zu können, der den Überfall leitete.

Die Höhe der Beute stellt übrigens, wie die Polizei

Die Oesterreicher dürfen nicht vor die Notwendigkeit gestellt werden, zwischen Unschluß oder italienischem Protektorat zu wählen. Eine solche Alternative würde nur den Interessen des Nationalsozialismus dienen.

Die Lösung des österreichischen Problems liegt nicht in einer ausschließlich österreichisch-italienischen Politik als Gegengewicht gegen eine österreichisch-deutsche Politik, sondern in der Unabhängigkeit Oesterreichs, die durch eine Donaupolitik, einen Donaupakt, einen Donaufrieden gesichert und garantiert wird, wobei auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet sich Oesterreich, Ungarn, Italien und die kleine Entente zusammenfinden müßten. Das gleiche Misträuen äußert „Echo de Paris“. Aus dem amtlichen Kommuniqué über die Unterredung Mussolini-Schuschnigg seien hervorgehoben die Stellen über die „Ruhe im Donauraum“. Darin scheint sich die Absicht des Duce anzudeuten, seinen Einfluß auf dem Balkan auszudehnen. Man möge sich in acht nehmen. Die beste Politik sei immer noch die, die unter Festigung der alten Allianzen neue Freundschaften zu gewinnen verstehe.

Die italienische Presse zum Besuch des Bundeskanzlers.

Mailand, 22. August.

Die Zusammenkunft Mussolini-Schuschnigg wird von der italienischen Presse in allen ihren Phasen in größter Aufmerksamkeit wiedergegeben. Einheitslich wird betont, daß das Treffen auf der Linie der freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder liege, die unter Dollfuß Kanzlerschaft in den römischen Märzprotokollen auch wirtschaftlich ihren praktischen Ausdruck gefunden haben.

Auf die Polemiken, daß Italien aus Oesterreich auf die Polemiken, daß Italien aus Oesterreich „Stamps“ zu erwidern, daß Italien zu intelligent dazu sei.

Oesterreich solle aber ein Boden der Zusammenarbeit, nicht einer des Kampfes zwischen Kulturen und Völkern sein. Auch die Einstellung der kleinen Entente bedürfe einer Korrektur. Der „Popolo d'Italia“ betont, die Freundschaft zu Italien bleibe die Grundlage der österreichischen Politik, und die Freundschaft zu dem freien Oesterreich bleibe eines der Hauptkapitel der wichtigsten Politik Mussolinis.

Der römische Korrespondent der „Gazzetta del Popolo“ nimmt das Florenzer Treffen wieder einmal zum Anlaß, in gehobener Weise gegen Deutschland zu gehen. Im übrigen gibt die italienische Presse die ausländischen Kommentare ausführlich wieder.

Oesterreichische Landbundsleiter verhaftet.

Wien, 22. August.

Wie die Politische Korrespondenz erzählt, sind im Zuge der Maßnahmen über die Vorgänge in der Nacht zum 27. Juli in Gaspolisthoren der frühere Minister Basinger, der Ingenieur Pampert und der Redakteur Jäger von der Wiener Bauernbund-Zeitung in Polizeigewahrsam genommen und nach Wels gebracht worden. Basinger ist der Führer des österreichischen Landbundes.

Die Mittagsblätter berichten nähere Einzelheiten über die Hintergründe der Verhaftung. Basinger soll den Versuch unternommen haben, die vor kurzem aufgestellten Bauernwehren getarnt weiter bestehen zu lassen. Er habe geplant, die Bauernwehren in Kalkhaus-Ländereien umzuwandeln. Basingers Sohn, der im Jung-Landbund eine führende Rolle spielte, soll nach Pressemeldungen wegen nationalsozialistischer Betätigung in Haft genommen worden sein.

Wie weiter zu diesem Fall gemeldet wird, haben sich die Verhaftungen gegen Basinger und Pampert wegen staatsfeindlicher Betätigung so verdichtet, daß eine gerichtliche Uebersuchung des Materials als geboten erschien. Basinger und Pampert wurden dem Kreisgericht in Wels zugeführt.

Der Selbstmordversuch Dr. Kintelens

DNB Wien, 22. August.

Das Bundesministerium für Heimatdienst wendet sich gegen die Gerüchte von einem Selbstmordversuch an Dr. Kintelens und gibt folgende Darstellung der Vorgänge:

Dr. Anton Kintelens wurde am 25. Juli, nachmittags, bekanntlich angewiesen, sich in den Räumen des Landesverteidigungsministeriums zur Verfügung zu halten. Am 26. Juli gegen 1 Uhr früh erschienen im Landesverteidigungsministerium zwei Kriminalbeamte, die den Auftrag hatten, Dr. Kintelens zu seiner Vernehmung bei der Staatspolizei vorzuführen. Die Kriminalbeamten wurden von einem hohen Offizier empfangen. Nachdem sie Meldung erstattet hatten, verließ der Offizier den Raum. Die beiden Kriminalbeamten blieben in der Nähe der Tür zu dem verlassenen Nebenraum. Nach ungefähr zwei Minuten hörten sie aus dem Nebenraum einen Schuß. Sie drangen darauf ein und fanden Dr. Kintelens im Sessel vor dem Schreibtisch liegend. Er war an der linken Brust verwundet. Auf dem Tisch lag eine Pistole, mit der sich Dr. Kintelens angeschossen hatte. Dr. Kintelens war vollkommen bei Sinnen. Einer der Kriminalbeamten rief: „Herr Minister, was machen Sie?“, worauf Dr. Kintelens antwortete: „Weil man mich so behandelt.“ Er übergab dem Kriminalbeamten zwei Zettel mit einem Abschiedsbrief an seine Angehörigen.

Wie die polnische Presse mitteilt, beschäftigt Kommandant Altmannow, auf seiner Rückreise aus Frankreich bezogen, einen kurzen Aufenthalt in Warschau zu nehmen, um mit Außenminister Bed eine Besprechung abzuhalten. Vorher dürfte Altmannow mit dem polnischen Außenminister in Genf zusammentreffen.

Der größte Bankgeldraub in den Vereinigten Staaten.

Noch keine Spur von den Räubern.

mittelt, eine Rekorsumme dar. Es wurden zwar verschiedentlich in New York und Chicago Raubüberfälle ausgeführt, bei denen den Räubern Wertpapiere in Höhe von zwei bis drei Millionen Dollar in die Hände fielen. Die geistige Beute von fast einer halben Million Dollar stellt jedoch die größte jemals in den Vereinigten Staaten geraubte Bargeldsumme dar.

Die Polizei hat alle verfügbaren Hilfsmittel mobil gemacht, um die Urheber des dreifachen Raubüberfalles dingfest zu machen. Ungefähr drei Kilometer von der Stätte des Verbrechens entfernt wurde ein verlassener Kraftwagen im Wasser liegend aufgefunden, der am 5. Juni gestohlen worden war. Augenzeugen berichten, daß zwei Männer den Kraftwagen verließen, nach dem vier ersten und mehrere Säcke in ein wartendes Motorboot warfen, worauf dieses in Richtung New Jersey davonjagte. Flugzeuge und Polizeimotorboote haben daher die Weisung erhalten, die Sucht von New York abzuwarten, lieren.

Sta

„Der br

Es ist der Freude“ gelung Schall“ für ein des Schilfha nen. Der be schen Vortrags Leiter dieser NS. Rührer r Lorand, Eis g Ensemble verei Form wird der Vorstellung geb wige Szenen Wirkliche Freu diese Schau au Stalen der nad lassen. Bei all triviale oder schen Zeltalter Ich innerlicher vom Herzen for genossen, die in sorgen vergessen und hören. Na Beobachters“, r Kommentar über großer Wurf! I. Kleinfuß Pg. sind die Schöpf Ausgezeichnetes die Nany Dorat frischen Eis h eine köstliche Endlich die Er wie wir Nation heitlichen Presse jeder Volksgeno zu befehlen. G am der NS. C Bacht, Bahnab obmannern. Eig

Auf der V

artiger Fahrrad das Vorderrad, dahinter. Er schnell fuhr. S dem Boden, ver „beirte“ Vorder es sich wieder h

Ein

In Rheinb fünfjähriges Ma stammt und dor schlagmimmers t armen Kleinen Tod herbeigeführt abgepflegt hat, i Ermittlungen n

In der verp der einmal Glüd lertolome von zu stellen. Obw nahmen, konnte men werden. N Tabat und 15 s Fahrrad in die

Einführung

Das Arbeits

Dem Appel terierung an di zur Verfügung und Giebler bei Landhelfer Diena 1933 hundertaun dem schmerz und wurde. Als Na Wertentwertung mi hselberbrief von beitsvermittlung stellt werden.

Den Landhe destens 6 Monate haben. Er ist t beitsplatz — befa Ammelung für werbung um Gi vorzulegen.

Auf der Vor Symbol der Lan gehalten durch el Buchstaben 2 und Landhelfern diese Platte als Be träge auf Landb beitsamt Bacht 1. Die Ausgabe der Berechtigung zeugnisses durch Stellung ist eine Die Ausstellung

Die Hausfr

Für jede Ha chens eine wicht langt die gute l seit des Wädchen Aus diesem Grun eines neuen Wä Frage als vielm trauen.

Unfere Haus Beratungs- und nen mehr in W drud, den sie gewinnen, kann of mitlung weient Stellenvermittlung der Mädchen seit das den Zeugniss bedingter Wert I der Stellenvermit gebilft für die Bedeutung.

Stadt Bocholt.

Donnerstag, den 28. August 1934.

„Der braune Schalk“ in Bocholt.

Es ist der hiesigen NS. Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ gelungen, das deutsche Brettspiel „Der braune Schalk“ für ein Gastspiel am 28. August 1934 im Saale des Schützenhauses, nachmittags und abends zu gewinnen. Der bekannte Vorkämpfer der nationalsozialistischen Vortragskunst Hg. Kurt Georg Treumer ist der Leiter dieser einzigartigen Spielform. Prominente NS. Kämpfer wie Dr. Allos, Hermann Theimann, Hanns Vorand, Ets Hagen und andere mehr sind in diesem Ensemble vereint. In prachtvoller humoristischer Form wird dem deutschen Publikum eine 2 1/2 stündige Vorstellung geboten. Herrliche Solos und geistreiche witzige Szenen wechseln in bunter Reihenfolge ab. Wirkliche Freude und herzlich befreutes Lachen läßt diese Schau aus. Echte deutsche Künstler werden alle Stufen der nachdenklichen und humorigen Kunst leuchten lassen. Bei all den lustigen Szenen und Stücken nichts triviales oder gar gemeinheits, wie es im liberalistischen Zeitalter an der Tagesordnung war, nein! Wirklich innerlich und kerniger deutscher Humor, welcher vom Herzen kommt und zum Herzen geht. Alle Volksgefühle, die in wirklich echter Fröhlichkeit die Alltagsorgen vergessen wollen, müssen den braunen Schalk sehen und hören. Nachfolgend die erste Kritik des „Bocholter Beobachters“, welche in ihrer begeisterten Form jedes Wort überflüssig macht: „Der braune Schalk“. Ein großer Wurf! Zwei alte Vorkämpfer der nationalen Kleinfunk Hg. Kurt Georg Treumer und Hg. Dr. Allos sind die Schöpfer. Fabelhaft politisch-lustige Szenen! Ausgezeichnetes Solos! Besonders die dramatische Parodie von Vorand. Feingeleitete Chansons der klugen Ets Hagen. Die große Szene am Stammtisch, eine köstliche Spieler-Satire. Zum Schluß komisch! Endlich die Erfüllung deutscher Klein- und Brett-Kunst, wie wir National-Sozialisten sie erhofften! Die einheitlichen Preise der Eintrittskarten sind so gestellt, daß jeder Volksgenosse Gelegenheit hat, die Veranstaltung zu besuchen. Eintrittskarten sind zu haben beim Kreisamt der NS. Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ in Bocholt, Bahnhofstraße 19 und bei den Betriebszellenobmännern. Nur im Vorverkauf!

Eigenartiger Fahrradunfall.

Auf der Münsterstraße ereignete sich ein eigenartiger Fahrradunfall dadurch, daß ein Radfahrer das Vorderrad, anliegend durch Abstreifen, regelrecht davonließ. Er konnte von Glück sprechen, daß er nicht schnell fuhr. So machte er wohl die Bekanntheit mit dem Boden, verlor sich aber ansehnlich nicht. Das „beirte“ Vorderrad lief noch eine ganze Wegstrecke, ehe es sich wieder beruhigte.

Ein trauriges Ende der Ferien!

In Rheinbreitbach fand man gestern morgen ein fünfjähriges Mädchen, das aus einer Bocholter Familie stammt und dort zu Besuch war, vor dem Fenster seines Schlafzimmers tot auf. Eine 6 mm Kugel war der armen Kleinen in den Kopf gedrungen und hatte den Tod herbeigeführt. Auf welche Weise sich der Vorfall abgespielt hat, ist noch nicht bekannt, da die Polizei ihre Ermittlungen noch nicht abgeschlossen hat.

Ein fetter Fang.

In der vergangenen Nacht hatten Zollbeamte wieder einmal Glück, indem es ihnen gelang, eine Schmugglerkolonne von 3 Personen im Badingholter Gebiet zu stellen. Obwohl die Schmuggler sofort Reißaus nahmen, konnte doch einer davon gestellt und festgenommen werden. Außerdem fielen den Zollbeamten 35 kg Tabak und 15 kg Kaffee, sowie die beiden benutzten Fahrräder in die Hände.

Einführung eines Landhelferbriefes.

Das Arbeitsamt schreibt uns:

Dem Appell der nationalsozialistischen Reichsregierung an die arbeitslose Jugend, sich dem Lande zur Verfügung zu stellen und dem deutschen Bauern und Siedler bei der Feldbestellung und der Ernte als Landhelfer Dienste zu leisten, sind seit dem Frühjahr 1933 hunderttausende von Jugendlichen gefolgt, trotz der schweren und ungewohnten Arbeit von ihnen erwartet wurde. Als Nachweis ihrer Tätigkeit und zugleich als Anerkennung wird den Landhelfern künftig ein Landhelferbrief vom Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ausgestellt werden.

Den Landhelferbrief erhalten Jugendliche, die mindestens 6 Monate als Landhelfer beim Bauer gearbeitet haben. Er ist bei allen Bewerbungen um einen Arbeitsplatz — besonders in der Landwirtschaft — bei der Anmeldung für landwirtschaftliche Schulen, bei der Bewerbung um Siedlerstellen und bei ähnlichen Anlässen vorzulegen.

Auf der Vorderseite trägt der Landhelferbrief das Symbol der Landhilfe: ein Weizenbündel, zusammengehalten durch ein Halenetz und eingerahmt von den Buchstaben L und H. Es ist in Aussicht genommen, den Landhelfern dieses Symbol auch in der Form einer Plakette als Bewährungsabzeichen zu verleihen. Anträge auf Landhelferbriefe sind zu richten an das Arbeitsamt Bocholt, Kaiser-Wilhelm-Straße 35/37 Zimmer 1. Die Ausgabe der Briefe erfolgt sofort nach Prüfung der Berechtigung und nach Eintragung des Leistungsnachweises durch den Arbeitgeber. Bei der Antragstellung ist eine Photographie des Landhelfers abzugeben. Die Ausstellung des Landhelferbriefes erfolgt kostenlos.

Die Hausfrau sucht ein gutes Mädchen!

Für jede Hausfrau ist die Wahl eines Hausmädchens eine wichtige Sache. Neben der Tätigkeit verlangt die gute Mutter eine charakteristische Zuverlässigkeit des Mädchens, das in den Familienkreis eintritt. Aus diesem Grunde ist für die Hausfrau die Einstellung eines neuen Mädchens viel weniger eine wirtschaftliche Frage als vielmehr eine Frage des persönlichen Vertrauens.

Unsere Hausfrauen sollten deshalb die gegebenen Beratungen und Vermittlungsstellen für Hausgehilfen mehr in Anspruch nehmen. Der persönliche Eindruck, den sie bei der Vorstellung eines Mädchens gewinnen, kann oft durch Mitteilungen der Stellenvermittlung wesentlich unterstützt und ergänzt werden. Stellenvermittlungen kennen vielfach den Werdegang der Mädchen seit langen Jahren. Die Erfahrung zeigt, daß den Zeugnis gerade in der Hauswirtschaft oft nur bedingter Wert beizumessen ist. Deshalb ist diese Hilfe der Stellenvermittlung bei der Wahl einer guten Hausgehilfin für die Hausfrau von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Die Arbeit der NS. Volkswohlfahrt — ein Segen für das Volk.

Die Kreisamtsleitung der NS. teilt mit: Tag für Tag gehen uns begeisterte Dankschreiben von Kindern zu, die von der NS. Volkswohlfahrt zur Erholung aufs Land geschickt worden sind. Wahlos greifen wir einige heraus und möchten diese der Öffentlichkeit nicht vor-enthalten. Viele Kinder sind bereits gestärkt an Leib und Seele wieder ins Elternhaus zurückgekehrt. Aber viele, sehr viele Kinder warten noch darauf, in diesem Sommer ihre Erholung zu finden. Wir möchten es daher nicht unterlassen, nochmals an die hiesige Bevölkerung den dringenden Appell zu richten: Unterstützt uns in diesem Kampf um die Wiedergesundung und Erhaltung unserer deutschen Jugend und meldet Freizeiten der NS. Volkswohlfahrt.

Witten, den 24. 7. 34.

An die Leitung der NS., Bocholt.

Herrliche Grüße aus Witten an der Ruhr sendet Ihnen ihre Leni T. Dank der NS. Volkswohlfahrt bin ich am 4. Juni zur Erholung nach Bocholt geschickt worden. Liebe und gute Leute pflegten mich mit viel Liebe, wie ihr eigenes Kind. Nie werde ich die schönen Stunden, die ich im Hause meiner guten Pflegeeltern verbringen durfte, vergessen. Auch die schöne Umgebung von Bocholt wollte man uns zeigen. So führte die NS. Frauenhilfe uns nach Anholt. Hier besichtigten wir das schöne Schloss des Fürsten Salm-Salm. Auch wurden wir fotografiert.

Da ich mir nun ein Andenken von Anholt und von allen Kindern wünsche, die mit in Bocholt zur Erholung weilen, bitte ich Sie, eingebettet ihres Verpflegung, innerhalb 8 Tagen mit ein Bildchen zu schicken. Die schöne Zeit in Bocholt verging mir viel zu schnell. So bin ich denn heute morgen an Leib und Seele wieder der gestärkt nach Witten gefahren. Hoffentlich ist mir das Glück vergönnt, noch mal nach Bocholt zu kommen.

Mit besten Grüßen verbleibe ich, im Voraus schon vielen Dank, mit deutschem Gruß
Heil Hitler!
Leni T. Witten.

Legden, den 22. 7. 34.

An die NS. Volkswohlfahrt.

Viele Grüße aus Legden sendet Hedwig B. Es gefällt mir hier sehr gut. Ich bin schon öfter mit zum Heuen gewesen, wenn ich dann abends nach Hause kam, dann hatte ich immer rote Beiden. Da konnte man doch sehen, daß es mir gut tat. Baden bin ich auch schon ein paarmal gewesen. Braun bin ich auch schon. Essen kann ich sehr gut. Habe schon 8 Pfund zugenommen. Die Tage vergehen mir nur zu schnell. Bald ist die schöne Zeit vorüber. Bald muß ich wieder nach Hause. Danken möchte ich noch der NS. Volkswohlfahrt, daß sie mich zu so guten Pflegeeltern geschickt hat. Am liebsten möchte ich immer hier bleiben. Mit deutschem Gruß
Heil Hitler!
Hedwig B.

Gronau, den 25. 7. 34.

An die NS. Volkswohlfahrt Bocholt.

Teile Ihnen mit, daß ich glücklich in Gronau angekommen bin. Hier gefällt es mir sehr gut. Morgens stehe ich um 8 Uhr auf, esse und trinke und gehe spazieren. Sonntag waren wir mit dem Wagen in Düstermühle. Ich bin hier bei einem Onkel Doktor. Der Schlachthof liegt in der Nähe unseres Hauses. Morgens höre ich das Quicken und Brüllen der Rinder und Kühe. Das ist sehr grausam. Bald ist nun die schöne Zeit vorbei. Die Tage vergehen mir viel zu schnell. Zugenommen habe ich auch schon 8 Pfund. Am liebsten möchte ich immer hier bleiben. Das ich hierher zu so guten Pflegeeltern gekommen bin, sage ich der NS. Volkswohlfahrt vielen Dank.
Heil Hitler!
Maria C.

Regelung des deutschen Notenhandels.

Der Präsident der Reichsmusikammer hat gemäß §§ 9 und 25 der 1. Durchführungs-Verordnung zum Reichskulturkammergesetz vom 1. November 1933 (RGBl. I S. 797) am 30. Juli 1934 folgende Anordnung erlassen:

I. Personen, die sich hauptsächlich mit Notenhandel beschäftigen, müssen Mitglieder der Reichsmusikammer sein. Die Mitgliedschaft wird durch Eingliederung in den für diesen Tätigkeitszweig allein zuständigen Fachverband, Reichsverband der Deutschen Musikalienhändler, erworben und ist Voraussetzung für die Berufsausübung dieser Personen. Der Nachweis der Mitgliedschaft wird durch eine Mitgliedskarte erbracht, die der Reichsverband der Deutschen Musikalienhändler jedem Mitgliede im Auftrage der Reichsmusikammer ausstellt. Jedes Mitglied hat die ihm ausgeteilte Mitgliedskarte bei Ausübung seiner Tätigkeit stets bei sich zu führen und auf Verlangen jedem Polizeibeamten oder den von mir zur Kontrolle besonders bestellten Personen vorzuweisen.

II. Personen, die nebenberuflich Notenhandel betreiben wollen und deren Tätigkeit auf diesem Gebiete sich als geringfügige oder gelegentliche darstellt, werden gemäß § 9 der genannten Durchführungs-Verordnung von der Verpflichtung, der Reichsmusikammer anzugehören, befreit. Diese Befreiung ist jedoch davon abhängig, daß sie nicht zur Befreiung der Erwerbsmöglichkeiten der hauptsächlich mit dem Notenhandel nachgehenden Personen mißbraucht wird. Um die Durchführung dieses Grundgesetzes zu sichern, haben sich diese Personen in eine besondere Stammtafel des Reichsverbandes der Deutschen Musikalienhändler gegen eine jährliche Verwaltungsgebühr von RM. 5 eintragen zu lassen. Ueber die Eintragung in diese Stammtafel erhalten die betreffenden Personen einen besonderen Ausweis.

III. Die Entscheidung darüber, ob eine geringfügige oder gelegentliche Tätigkeit im Sinne der Ziffer II dieser Anordnung vorliegt, behalte ich mir ausdrücklich vor.

IV. Die Polizeibehörden werden ersucht werden, darauf zu achten, daß nur solche Personen Notenhandel betreiben, die sich entweder im Besitz einer Mitgliedskarte der Reichsmusikammer oder eines Ausweises im Sinne der Ziffer II dieser Anordnung befinden.

V. Diese Anordnung findet auch auf Ausländer Anwendung, soweit sie innerhalb des deutschen Reichsgebietes dem Notenhandel nachgehen.

Notgemeinschaft der deutschen Buchdruckereien.

Auf Grund von Mitteilungen des Deutschen Buchdruckervereins e. V. ist über wichtige Vorgänge im Buchdruckgewerbe zu berichten. Vor kurzem hat der Reichsarbeitsminister die obersten Reichsbehörden, die Regierungen der Länder, die Reichsleitung der NSDAP, das Sozialamt der Deutschen Arbeitsfront, die Reichskulturkammer und den Deutschen Gemeindegarten in einem Rundschreiben auf die Not des Deutschen Buchdruckergewerbes hingewiesen. Diese Not ist zunächst eine natürliche Folge der Wirtschaftskrise. Wenn die Bevölkerung Not leidet, so leidet sie am wenigsten die Ausgaben für Nahrung und Kleidung, am stärksten dagegen die kulturellen Auswendungen. Daher ist der Absatz von Büchern, Zeitungen, Zeitungen und anderen Druckerzeugnissen in der Krise besonders stark zurückgegangen. Singulär u. a., daß durch die nationalsozialistische Revolution aus staatspolitischen Notwendigkeiten die marktliche Preise vernichtet werden mußte. Andererseits konnte bisher das Buchdruckgewerbe aus den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung keinen besonderen Nutzen ziehen, weil diese Maßnahmen aus wohlwollenden Gründen an bestimmten Schlüsselpunkten der Wirtschaft angelegt wurden und ihre Wirkung sich erst langsam auf die gesamte Wirtschaft und damit auch auf das Buchdruckgewerbe verbreitet hat.

Ein Mißstand, unter dem das Buchdruckgewerbe besonders leidet, ist noch nicht behoben, nämlich die Konkurrenz der Regiebetriebe, von denen es bei Staats- und Kommunalbetrieben immer noch etwa 500 gibt; besonders unerfreulich ist der Wettbewerb der Gefängnisdruckereien.

Unter diesen Umständen haben sich die deutschen Buchdruckereien zu einer Notgemeinschaft zusammengeschlossen, die heute bereits 11 000 Betriebe und damit fast das gesamte Gewerbe umfaßt. Aufgabe der Notgemeinschaft ist es, einem weiteren Verheeren des Preisverfalls im Buchdruckgewerbe entgegenzuwirken. Die von ihr festgesetzten Mindestpreise sind im Zusammenwirken mit den Handwerkskammern und den Industrie- und Handelskammern entstanden und unterliegen der Prüfung durch das Reichskulturministerium für Wirtschaftlichkeit.

Die Notgemeinschaft, die selbst keine Aufträge entgegennimmt, hat die Anerkennung vieler behördlicher Stellen und die Unterstützung eines großen Teiles der privaten Wirtschaft gefunden. Um die Erwerbslosigkeit im Buchdruckgewerbe zu vermindern, ist es notwendig, daß der Druckbedarf bei Behörden, Organisationen und Wirtschaftskreisen durch beschleunigte Auftragserteilung gedeckt wird. Eine solche planmäßige Arbeitsbeschaffung kommt damit einem Beruf zugute, dessen Leistungen in früheren Jahren eine starke Werbung für den deutschen Qualitätsgedanken darstellte.

Bedeutende Fahrpreisermäßigung für die Besucher der Leipziger Herbstmesse.

Für sämtliche Stationen im Kreise von weniger als 150 Kilometer auf Leipzig gibt die Reichsbahn für fahrgastmäßige Züge Sonderfahrkarten aus. Die Karten sind an allen Tagen vom 25. bis 30. August zu erhalten. Die Rückreise muß spätestens am Freitag, dem 31. August, mittags 12 Uhr, angetreten sein. Wer nicht bis Montag, 27. August, mittags zurückreist, muß sich in Leipzig eine Festkarte über den erfolgten Reisebesuch auf der Sonntagsfahrkarte ausstellen lassen. Die Inhaber von Sonntagsfahrkarten erhalten ermäßigte Eintrittskarten zum Besuch der ganzen Messe. Das gleiche gilt auch für die Benutzer der Verwaltungsbesonderzüge, die mit 60-prozentiger Fahrpreisermäßigung am Mittwoch, dem 29. August, von Berlin, Dresden und anderen Orten gefahren werden. Nähere Einzelheiten sind bei der Reichsbahn zu erfahren.

W Betriebsführer werden trotz Sperre in die DWA aufgenommen. Da aus vielen Teilen des Reiches beim Zentralbüro der Deutschen Arbeitsfront ständig Anfragen eintreffen, wie sich der Aufbruch des Führers der Wirtschaft über den Eintritt der Betriebsführer in die Deutsche Arbeitsfront, zu der durch den Führer der Deutschen Arbeitsfront angeordneten Aufnahmeperrre verhält, stellt der Informationsdienst der Deutschen Arbeitsfront fest, daß auch während der derzeitigen Aufnahmeperrre die Aufnahme von Betriebsführern in die Deutsche Arbeitsfront gestattet ist.

Pilgerfahrt.

Was ist da ein Kaufmann durch Straßen und Gassen? Wenn Revelaer-Kapitler Bocholt verlassen. Hellstrahlende Augen, die Herzen voll Glück. Heut geht sie zur Mutter — und morgen zurück. Es rauscht durch unsere Straßen und Gassen, Wenn Revelaer-Kapitler Bocholt verlassen.

Und über die Straßen, durch Wald und Flur, Hört man ein Singen, ein Beten nur. Männer und Jungmänner in langen Reih'n Fein geordnet immer zu zweien. Männer und Jungmänner in schweren Tagen, Selber ihr Kreuz zur Mutter tragen.

Doch vor Revelaers Toren wird Halt gemacht, Denn wir ziehen ein wohl mit Bedacht. Reih'n mit von den anderen Allen Die frommen, die auch nach Revelaer wallen. Und dann ein Singen ein mächtiges Laufchen. „O Mutter der Barmherzigkeit! Beschütze die ganze Christenheit!“

Und vor dem Gnadenbilde fleh'n. Die Männer die zur Mutter fleh'n: Der Jüngling, der Mann und der Greis. In glänzenden Rufen Silberweiß, Die einst vor 25 Jahren Sind schon nach Revelaer gefahren. Ihnen soll heut auch ein Lob erschallen, Da wir zu Taufend nach Revelaer wallen.

„So höre denn Mutter dies heiße Fleh'n, Der Kapitler Bitte, die vor dir fleh'n. O segne du Mutter, o segne dich selbst. Nie in der Heimat gebliessen sind. Nicht alle können in diesen Tagen, Selber ihr Kreuz zur Mutter tragen. Wir rufen zu dir in dieser Not, Gib Frieden und Arbeit und 's tägliche Brot. O lege du Mutter liebend die Hand Auf unser Volk und Vaterland!“

Und wieder durch Revelaers Straßen gehn, Die Kapitler, die nun heimwärts ziehn. Die uns „hab' Dank!“ entgegen rufen. Warst du noch immer zu helfen bereit. Ja, wahrlich man hat es noch nie gehört, Daß jemand zu dir vergessens gefloht. Helleuchtende Augen, die Herzen voll Glück, So geht es wieder zur Heimat zurück.

Und wieder ein Kaufmann durch Straßen und Gassen, Wer kann es ermessen, wer kann sie fassen, Die uns „hab' Dank!“ entgegen rufen. Die Gloden läuten, sie kommen gefahren. Die gestern und heut noch in Revelaer waren, „Sagt Dank!“ „Sagt Dank!“

Männer und Jungmänner in Stadt und Land, Die weißen Mützen schnell zur Hand. Die weißen Mützen in diesen Tagen, Werben uns Antwort geben, sagen: „Du bist auf un'ren weiten Welt Pilger, solange es Gott gefällt!“

Ein werben des Vorstandsmitglied.

Neugliederung des gewerblichen Genossenschaftswesens.

Am 6. August 1934 fand beim Reichsstand des deutschen Handwerks eine Besprechung mit den maßgebenden Vertretern der Zentralstellen der Handwerker-Genossenschaften statt, in der die Frage der Neugliederung des gewerblichen Genossenschaftswesens erörtert wurde. Es wurde bekanntgegeben, daß der Reichsstand des deutschen Handwerks im Zuge der Neugliederung seinem Genossenschaftsreferat einen organisatorischen Unterbau geben wird. Die Handwerker-Genossenschaften werden zu einer „Hauptgruppe Genossenschaften beim Reichsstand des deutschen Handwerks“ zusammengefaßt; unter Führung dieser Stelle wird auch die gezielte Revision vorgenommen werden. Die Hauptgruppe zerfällt in die drei Abteilungen Waren-genossenschaften, Baugenossenschaften und Lieferungs-genossenschaften. a. Die mit Waren handelnden Genossenschaften bilden gleichzeitig eine selbständige Untergruppe beim Reichsstand des Handels mit Ausnahme der Einkaufs-genossenschaften der Bäcker, Fleischer und Konditoren, für welche die Querverbindung zum Reichsstand der Kaufleute besteht.

Die Führung der „Hauptgruppe Genossenschaften beim Reichsstand des deutschen Handwerks“ wird der Reichshandwerksführer übernehmen. Die wirtschaftspolitische Betreuung wird dem Genossenschaftsreferat des Reichsstandes übertragen werden, das bereits bei den Vorgängen des Reichsstandes — Reichsverband des deutschen Handwerks und Deutscher Handwerks- und Gewerbestammtag — bestanden hat. Es wird ferner ein Führerrat gebildet werden, dessen Zusammensetzung der Reichshandwerksführer noch bestimmen wird. Ziel der Neugliederung ist einerseits die straffere Zusammenfassung der Handwerksinteressen, andererseits die Intensivierung der Revision dadurch, daß die Revisionen ständig die gleichen Fachgruppen revidieren.

Für die Genossenschaften des Handels und die Kredit-genossenschaften erfolgt die Regelung durch die entsprechenden Hauptgruppen der Wirtschaft.

Märkte.

Weseler Marktbericht.

Weißkohl 6 bis 8, Wirsingkohl 6 bis 10, Möhren 3 bis 5, Karotten 3 bis 5, Zwiebeln 8 bis 12, Porree 2 bis 3, Kopfsalat 5 bis 10, Endivienkohl 15 bis 13, Karoffeln 3 1/2 bis 6, Pfeffer 5 bis 15, Bananen 20 bis 30, Tomaten 6 bis 10, Blumenkohl 20 bis 40, Zitronen 5, Weintrauben 35 bis 70, Apfelsinen 8 bis 10, Spinat 20, Radieschen —, Schlangengurken 10 bis 20, Einmachgurken 40 bis 50, Rhabarber 5, Kohlrabi 6 bis 12, Grüne Bohnen 14 bis 20, Bohnen 12 bis 15, Birnen 4 bis 10, Pfirsiche 20 bis 35, Mölkereibutter 1,35 bis 1,40, Landbutter 1,30 bis 1,40, Eier 8 1/2.

Schluß des redaktionellen Teils.

Tagesanzeiger

Berathungen, Vereine, Veranstaltungen.

Werte in Witten vertrieben in Witten.

Dereine

Wir treffen uns am 8.30 Uhr an der Burg. Hoffmanns Bocholt. Heute abend 8.15 Uhr Volkstanz.

